

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Schwerpunktt Themen der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments Straßburg, April 2011

Atomenergie in Europa

Erklärungen von Kommission
und Rat

mit Resolution

Debatte im Plenum am
Mittwoch, 06.04.

Abstimmung am
Donnerstag, 07.04.

Rebecca Harms MdEP
Büro +33 3 881 75695

Hintergrund: Die Reaktion der Europäischen Union auf die Katastrophe in Fukushima wird in der kommenden Woche auch das Europäische Parlament beschäftigen. In Debatte und Resolution wird sich das Parlament mit den Konsequenzen der Katastrophe für die Zukunft der Atomenergie in der EU auseinandersetzen.

Grüne Position: Die Fraktion Die Grünen/EFA beobachtet die Diskussion um Stresstests für Atomkraftwerke, die von Kommissar Oettinger vorgeschlagen und vom Rat beschlossen wurden, mit großer Skepsis. Da die Atomlobby eine maßgebliche Rolle bei der Festlegung der Kriterien spielen soll, besteht die Gefahr, dass die Tests am Ende eine falsche Sicherheit bescheinigen, um den Erhalt der alten Meiler zu rechtfertigen. Stresstests machen letztlich nur Sinn, wenn sie verpflichtend sind und strengsten Kriterien genügen. Bereits jetzt fordern die Grünen ein sofortiges Abschalten aller Reaktoren, die vor 1980 gebaut wurden, in Erdbebengebieten liegen, keine zweite Schutzhülle besitzen oder Siedewasserreaktoren sind. Die Grüne Europafraktion spricht sich außerdem eindeutig gegen eine weitere Förderung des Kernfusionsreaktors ITER aus. So kann es nicht sein, dass die Kommission aktuell fünfmal mehr Geld für die Atomforschung veranschlagt, als für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Außerdem fordern die Grünen die EU-Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln herabzusetzen, die aktuell höher sind als in Japan.

Parlamentshaushalt 2011

Bericht José
Manuel Fernandes (EVP,
Portugal)

**"Voranschlag der
Einnahmen und Ausgaben
für das Haushaltsjahr 2012 –
Einzelplan I – Parlament"**

ordentliche Gesetzgebung, 1.

Hintergrund: Nach einem ersten Vorschlag des Parlamentspräsidiums, den EP-Haushalt im Vergleich zu 2011 um 5,2 % zu erhöhen, führten die Verhandlungen zwischen Haushaltsausschuss und Präsidium zu einer Reduktion auf 2,3%. Hierbei ist der mögliche Beitritt Kroatiens und die Aufnahmekosten für 18 zusätzliche Mitglieder allerdings nicht berücksichtigt – sonst wären es 3,62%. Die zusätzlichen Ausgaben werden hauptsächlich für das Haus der Europäischen Geschichte, die Umstrukturierung der Gebäude, die Informationskampagne für die Europa-Wahlen 2014, die Unterstützung für den mehrjährigen IKT-Strategie und der Schaffung von 27 neuen Stellen im Rahmen der Anpassungen des Vertrags von Lissabon angesetzt.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Lesung

Debatte am Dienstag, 05.04., ab
9 Uhr

Abstimmung am Mittwoch,
06.04.

Helga Trüpel MdEP
+33 3 881 77140

Grüne Position: Für die weitere Reduktion des EP-Haushalts 2012 haben die Grünen vorgeschlagen, dass die Abgeordneten bei Kurzstrecken auf Businessflüge verzichten. Dieser Änderungsantrag wurde jedoch im Haushaltsausschuss abgelehnt. Darüber hinaus gibt es aus Grüner Sicht noch Klärungsbedarf beim geplanten Haus der europäischen Geschichte, für das die aktuell angesetzten Kosten inakzeptabel sind. Kommt es zu keiner substantiellen Verbesserung des Berichts, werden die Grünen ihre Zustimmung verweigern.

Europäischer Binnenmarkt

Berichte

Sandra Kalniete (EVP,
Niederlande)

António Fernando Correia De
Campos (S&D, Portugal)

Cristian Silviu Buşoi (ALDE,
Rumänien)

Initiativberichte

Debatte im Plenum und
Abstimmung am Mittwoch,
06.04.

Heide Rühle MdEP
Büro +33 3 881 75609

Hintergrund: Die Kommission hat im Oktober 2010 eine Mitteilung „Auf dem Weg zu einer Binnenmarktakte“ veröffentlicht. Mit einer Reihe von Einzelmaßnahmen will sie die europäische Wirtschaft ankurbeln und neue Arbeitsplätze schaffen. Zu jedem Kapitel dieses Vorschlags ist ein Initiativbericht erstellt worden: "Ein Binnenmarkt für Unternehmen und Wachstum", "Ein Binnenmarkt für die europäischen Bürger" und "Wirtschaftslenkung und Partnerschaft im Binnenmarkt".

Grüne Position: Im Grunde enthalten die Berichtsentwürfe gute Vorschläge. Die Grünen/EFA haben sich im Binnenmarktausschuss allerdings für verschiedene Verbesserungen eingesetzt. So muss Innovation gefördert werden, um den Wandel zu einer grünen Ökonomie zu erreichen – und finanzielle Mittel und fiskalische Maßnahmen könnten diesen Wandel steuern. Um den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen, braucht es aus Grüner Sicht außerdem einer Stärkung der Bürgerrechte. Zuletzt muss die Transparenz für einen demokratischen Binnenmarkt erhöht werden – z. B. durch ein Grünbuch zu der Frage, wie Bürgerinnen und Bürger besser beteiligt werden können.

Güter mit doppeltem Verwendungszweck

Bericht Jörg Leichtfried
(Österreich, S&D)

***"Kontrolle der Ausfuhr von
Gütern und Technologien
mit doppeltem
Verwendungszweck"***

Hintergrund: 2000 hat die EU die erste und bislang einzige EU-Exportlizenz eingeführt, die den Export von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck in die USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland, die Schweiz und Norwegen regelt. Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Dual Use) sind solche, die sowohl zivil als auch militärisch verwendet werden können. 2008 hat die Europäische Kommission sechs weitere EU-Exportlizenzen mit unterschiedlichen Zielländern für Dual-Use-Güter vorgeschlagen. Derzeit findet dazu ein Trilog statt.

Grüne Position: Die Grünen haben sich sowohl im Auswärtigen

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



ordentliche Gesetzgebung
1. Lesung

Debatte am Montag, 04.04.

Abstimmung am Dienstag,
05.04.

Reinhard Bütikofer MdEP

Büro +33 3 881 75816

Ausschuss als auch im Handelsausschuss mit ihrer Forderung nach der Einführung einer Vorabkontrolle (Ex-Ante) der Güter durchsetzen können. S&D sowie ALDE teilen diese Position. Rat und Kommission sind aber derzeit dagegen. Eine Initiative aus der EVP will nun im Plenum durchsetzen, dass die Güter nicht vor der Ausfuhr kontrolliert werden. Aus außen-, sicherheits- und friedenspolitischen Motiven ist diese Kontrolle aber notwendig, auch wenn sie gegebenenfalls mehr Bürokratie bedeutet. Sollte das Ex-Ante-Prinzip im Plenum keine Mehrheit finden, werden die Grünen gegen den Bericht stimmen.

Lage in Syrien, Bahrain und Jemen

**Erklärung der Hohen
Vertreterin für Außen- und
Sicherheitspolitik, Catherine
Ashton**

mit Resolution

Debatte am Mittwoch, 06.04.

Abstimmung am Donnerstag,
07.04.

Franziska Brantner MdEP

Büro +33 3 881 75354

Hintergrund: Die zunehmend angespannte Lage in Syrien, Bahrain und Jemen ist Gegenstand einer Debatte mit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton und eines Entschließungsantrags. Im Blickpunkt der Öffentlichkeit stand zuletzt besonders Syrien, wo das Regime von Präsident Bashar al-Assad mit aller Härte gegen Demonstranten vorging. Sicherheitskräfte haben dabei über 60 Menschen erschossen, während al-Assad in einer mit Spannung erwarteten Rede Hoffnungen auf zügige Reformen bitter enttäuscht hat. Im Jemen verliert Präsident Ali Abdullah Salih zunehmend an Rückhalt in der Armee, während die Gefahr eines blutigen Bürgerkriegs zunimmt. In Bahrain gelang es der Herrscherfamilie unterdessen nach mehreren Wochen mit drastischer Repression – unterstützt durch saudische Truppen – die Proteste vorübergehend zu unterdrücken.

Grüne Position: Die Grünen stellen sich entschlossen an die Seite der Demonstranten, die in Syrien, Bahrain, Jemen und der gesamten Region für Freiheit und Würde auf die Straße gehen. Die Grünen verlangen insbesondere von Ashton und den Mitgliedstaaten, die Verhandlungen mit der syrischen Regierung über ein Assoziierungsabkommen mit der EU auszusetzen. Eine Fortsetzung der Gespräche wäre nach dem Blutbad in Daraa und anderen syrischen Städten zynisch. Die Grünen haben zudem die EU-Außenminister für ihre ambivalente Stellungnahme zu Bahrain beim letzten Ratstreffen kritisiert, bei dem beide Seiten zum Gewaltverzicht aufgefordert wurden. Während die Grünen die Forderung nach Gewaltverzicht selbstverständlich teilen, ist eine gegenüber beiden Seiten neutrale Politik in Anbetracht der staatlichen Repressionen gegen die Demonstranten inakzeptabel.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Finanzierung Europäischer Parteien

Bericht Marietta Giannakou
(EVP, Griechenland)

"Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung"

Initiativbericht

Debatte am Dienstag, 05.04.

Abstimmung am Mittwoch,
06.04.

Gerald Häfner MdEP
Büro +33 3 881 75372

Hintergrund: Die Europaparteien sollen gestärkt werden. Das Europaparlament will damit auch die Voraussetzungen für die anstehende Einführung von 25 europaweit gewählten Abgeordneten schaffen. (Die Reform des europäischen Wahlrechts und die Einführung von europaweiten Wahllisten für 25 Abgeordnete wird voraussichtlich im Mai auf der Agenda für das Plenum stehen.) Die Parteien sollen einen eigenen Rechtsstatus bekommen, statt sich wie bisher als Vereine oder gar Firmen zu registrieren. Die Finanzierung wird dagegen verschärft. Künftig sollen Europaparteien nur noch dann Geld aus dem EU-Haushalt bekommen, wenn sie mindestens durch einen Abgeordneten im Europaparlament vertreten sind.

Grüne Position: Die Grünen wollen noch einen Schritt weitergehen. Sie fordern, dass die EU auch den Wettbewerb der europäischen Parteien untereinander fördert und so die europäische Demokratie weiter stärkt. Bisher macht die EU keinen Unterschied zwischen der Finanzierung und der rechtlichen Anerkennung von Parteien. Wenn das auch weiterhin so bleibt, läuft die Verschärfung der Finanzierungsregeln auf eine "closed shop"-Politik für bereits etablierte Parteien hinaus. Im Wahlkampf um die künftigen 25 europaweiten Abgeordneten haben neue politische Strömungen dann keine Chance mehr. Deshalb fordern die Grünen, dass die rechtliche Anerkennung von Parteien und ihre Finanzierung getrennt werden, analog zum deutschen Beispiel. Dann können die Hürden für die Finanzierung erhöht werden, ohne dass dies einhergeht mit der Aberkennung des Parteienstatus neuer Parteien.

Mit den besten Grüßen,

Helmut Weixler

Pressesprecher
Fraktion Die Grünen/EFA
Mobil: +32 475-67 13 40
E-Mail: Helmut.Weixler@europarl.europa.eu

Paul Maximilian Alex

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Europagruppe GRÜNE
Mobil: +32 495 40 23 28
E-Mail: paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu